

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 35 (1956)  
**Heft:** 11-12

**Artikel:** Der Weltfriede in Gefahr  
**Autor:** Humbert-Droz, Jules  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-336913>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 06.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

JULES HUMBERT-DROZ

## Der Weltfriede in Gefahr

Die Periode der Entspannung in den Beziehungen zwischen den Großmächten ist zu Ende. Zwei große Gefahrenherde sind durch bewaffnete Aggressionen entstanden: durch die Aggression der Sowjetunion gegen Ungarn und durch jene von Israel, Frankreich und Großbritannien gegen Ägypten.

Diese beiden Ereignisse sind, im Grunde genommen, Ausdruck einer imperialistischen und kolonialistischen Politik der Großmächte gegenüber kleinen Nationen, einer Negierung und Mißachtung der Vereinten Nationen, des internationalen Rechts, der friedlichen Koexistenz und des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Sie sind ein bedauerlicher und gefährlicher Rückfall in die Politik der Einsetzung von Waffengewalt zur Lösung von politischen Problemen und zur Verteidigung von Machtpositionen und materiellen Vorrechten.

Der Konflikt im östlichen Mittelmeer enthält eine größere und unmittelbarere Gefährdung des Friedens als die Ereignisse in Ungarn. Diese letzteren jedoch haben die Gemüter viel tiefer erregt, weil sie nicht nur die Existenz eines freien Staates, sondern das Leben eines für seine Freiheit heldenhaft kämpfenden Volkes gefährden. Sie haben auch eine Wendung der russischen Außenpolitik verursacht, die sehr weitgehende Konsequenzen haben wird.

Die Machtpolitik der Großmächte stützt sich immer noch auf die Beherrschung, Unterdrückung und Ausbeutung von Kolonien und abhängigen Nationen. Der alte Kolonialismus mit seinen Vizekönigen oder Generalgouverneuren verschwindet mehr und mehr. Freie Staaten entstehen, die aber in wirtschaftliche, finanzielle und politische Abhängigkeit zu den Großstaaten geraten. Sie regieren sich selbst, sind aber nicht souveräne unabhängige Staaten. Es ist eine neue Art, eine getarnte Art des Kolonialismus, die die imperialistische Politik verschleiern und bei den Völkern die Illusion erwecken soll, sie seien frei und unabhängig.

Während des Zweiten Weltkrieges hat man gesehen, wie die Großstaaten über das Schicksal der Kleinen entscheiden, wie sie diese in die Einflußsphäre der Großen eingliedern, ohne sie zu befragen. So haben Stalin und Hitler die baltischen Staaten, Polen und Rumänien unter sich verteilt, und Molotow

hatte in Berlin Besprechungen eingeleitet, um Europa, Asien und Afrika zwischen Deutschland, Italien, Japan und Rußland aufzuteilen. Nachdem Rußland von Deutschland überfallen wurde, verhandelte Stalin mit Churchill und Roosevelt in Jalta über eine Verteilung der Einflußsphären in Osteuropa. Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien und Jugoslawien wurden der Einflußsphäre Rußlands zugeteilt.

Aus diesem Grunde konnte Rußland nach dem Kriege diesen Staaten sein Regime aufzwingen. Die Einmischung der russischen Regierung in die innern Angelegenheiten aller dieser Oststaaten Europas ist der Ausdruck einer imperialistischen Kolonialpolitik.

Im Laufe seiner Geschichte hat Rußland eine eigenartige Kolonialpolitik getrieben. Mit vollem Recht bemerkt Walter Kolarz in seinem Buch über «Die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion»<sup>1</sup>: «Während fast alle europäischen Nationen ihre Energie für die Kolonisierung Nord- und Südamerikas und anderer Überseeländer einsetzten, kolonisierten die Russen die unendlichen Gebiete, die an ihr eigenes Land grenzen.» Sie haben die Grenzen Rußlands nach allen Richtungen erweitert: im Osten bis Alaska, im Süden in Zentralasien und über den Kaukasus, im Westen durch die Eingliederung der baltischen Staaten und Finnlands und durch die Teilung Polens. Am Ende des Zweiten Weltkrieges hat Stalin diese alte Kolonialpolitik der Zaren fortgesetzt und die Grenzen des russischen Reiches nach dem Westen hin bis Berlin und Wien erweitert. Im Osten hatte er schon Fuß gefaßt in der Mandschurei und im Sinkiang, im Süden Nordiran besetzt.

Die Eroberung der Macht in China durch die Kommunisten, die auch Nationalisten sind, hat die Verwirklichung der kolonialen Ostpläne durchkreuzt. Und auch nach Westen wurden dem russischen Expansionismus Grenzen gesetzt durch den mutigen Kampf des jugoslawischen Volkes für seine Unabhängigkeit und durch den festen Widerstand Österreichs und Westberlins.

In Ungarn führt die Sowjetunion im Grunde genommen einen Kolonialkrieg. Es ist interessant festzustellen, daß die Argumente, mit denen Schepilow in der UNO gegen die Behandlung der ungarischen Frage auftrat, die gleichen waren, mit denen sich die französische Regierung im vergangenen Jahr gegen die Behandlung der algerischen Frage durch die UNO gewehrt hatte. Für beide Regierungen handelt es sich hier eben um «interne» Angelegenheiten!

Gegen die nationale Unterdrückung durch die Sowjetunion rebellierten die Völker Osteuropas. Jugoslawien konnte sich im Jahre 1948 von dem Kominform und der russischen Beherrschung ohne Gewaltanwendung befreien, einzig durch die Entschlossenheit Titos, der Kommunistischen Partei und der großen Mehrheit des Volkes. In der Tschechoslowakei veranstalteten

<sup>1</sup> Walter Kolarz: «Die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion.» Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M.

die Arbeiter nach dem Tode Stalins stürmische Demonstrationen und große Streiks. Der Aufstand der Arbeiter Ostdeutschlands vom 17. Juni 1953 lebt noch in aller Erinnerung, ebenso derjenige von Poznan im Sommer dieses Jahres, der mit einem Generalstreik und heftigen Straßendemonstrationen einsetzte. Und am 23. Oktober 1956 begannen die Arbeiter, Studenten und Intellektuellen von Budapest und das ganze ungarische Volk ihren heldenhaften Freiheitskampf.

Alle diese Kämpfe wurden unmittelbar durch die furchtbare soziale Ausbeutung und das tiefe koloniale Lebensniveau der werktätigen Massen ausgelöst. Gleichzeitig aber erkannten die Arbeiter und Studenten, welches die wirkliche Ursache von Elend und Not des Volkes war: die nationale Unterdrückung ihres Landes durch Rußland und die Unfreiheit des einzelnen, das Polizeiregime und die gegen jede Kritik einsetzenden Terrormaßnahmen. In allen diesen Kämpfen waren daher die Forderungen nach Freiheit und nationaler Unabhängigkeit eng verknüpft mit den sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Werktätigen.

Die Russen unternahmen den Versuch, diese Befreiungskämpfe der werktätigen Massen Osteuropas samt und sonders als durch amerikanisches Geld und ausländische Agenten, durch Faschisten und Imperialisten inszenierte Unruhen zu brandmarken. Schon Tito war durch die Kremlpropaganda als Faschist, als Agent der Imperialisten beschimpft worden — so lange, bis letztes Jahr Chruschtschow, von Bulganin, Mikojan und Schepilow begleitet, auf dem Flugplatz von Belgrad dem «lieben Genossen Tito» die große Rehabilitation aussprach.

Aber bei allen Freiheitskämpfen in Osteuropa ertönen, gleichsam wie von einer riesigen monotonen Schallplatte, die gleichen Anwürfe aus Moskau; vor allem aber richten sie sich gegen das ungarische Volk.

Die Analyse aller dieser Bewegungen beweist das Gegenteil. Es handelt sich immer um Bewegungen, die von der Arbeiterklasse organisiert und geführt wurden, oft sogar unter starker Beteiligung der Kommunisten selbst. Zapotozki hat zugeben müssen, daß an den großen Streiks des Jahres 1953 Betriebsfunktionäre der Kommunistischen Partei teilnahmen. Die Kommunistische Partei Polens hat die Streiks und die großen Demonstrationen von Poznan als durchaus berechtigt erklärt und die Bürokraten der Partei und der Regierung entlassen, die für die Ablehnung der Arbeiterforderungen die Verantwortung trugen. Auch in Ungarn nahm ein großer Teil der kommunistischen Parteimitglieder aus den Betrieben und Universitäten am Aufstand teil.

Das ist der Kampf der gesunden kommunistischen Arbeiter, zusammen mit den werktätigen Massen, gegen ihre eigene bürokratische Führung. Das sind die ersten revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse gegen das Regime

des Staatskapitalismus und gegen die neue herrschende privilegierte Ausbeuterklasse, gegen die Bürokraten.

Es ist zu begreifen, daß die Russen diese Tatsache weder anerkennen wollen noch können. Ihr ganzes System, die wirtschaftliche und soziale Struktur der Sowjetunion müßte geändert werden. Von oben herab wird eine solche Umwälzung kaum durchgeführt werden können. Nur unter dem starken Druck der revolutionären Massen ist eine Wendung möglich.

In Polen haben die Kommunistische Partei und die Staatsführung aus dem Aufstand von Poznan offenbar die Konsequenzen gezogen. Unter der klugen, vorsichtigen, aber sehr energischen Führung Gomulkas wurde eine Wendung eingeleitet, in der sich Arbeitermassen und Führung zusammenfanden, um die Umwälzung verhältnismäßig friedlich durchzuführen.

In Ungarn dagegen kämpfte die Stalinsche Bürokratie mit Rakosi und Gerö gegen jede Demokratisierung des Regimes und versuchte die Massen mit leeren Gesten zu täuschen; Beispiel das makabre Staatsbegräbnis für den hingerichteten Stefan Rajk, wo die Henker vor 200 000 Zuschauern an der feierlichen Beisetzung ihrer Opfer teilnahmen. Die Unehrllichkeit der Entstalinisierung war es, die in Ungarn zum Aufstand führte.

Daß sich in jede revolutionäre Massenbewegung auch unsaubere, abenteuerliche Elemente mischen, ist eine bekannte Tatsache. Das wissen die Russen nur zu gut aus ihren eigenen Erfahrungen in der Revolutionszeit. Sowohl in Poznan wie in Ungarn sind Plünderer, reaktionäre und sogar faschistische Elemente am Werk gewesen. Wenn aber erklärt wird, die Erhebung der Massen sei eine faschistische Konterrevolution gewesen, so ist dies eine Gemeinheit und eine Beleidigung der Arbeiterklasse, eine unverschämte Lüge, die bloß dazu dienen soll, die blutige Intervention der russischen Armeen, die gewaltsame Niederwerfung und Unterdrückung der revolutionären Bewegung zu rechtfertigen.

Kommunistische Journalisten, so diejenigen der polnischen Zeitungen und der Berichterstatter des englischen Blattes «Daily Worker», Fryer, haben den proletarischen und revolutionären Charakter des Aufstandes bestätigt. Nie und nirgends konnten die Faschisten die Führung dieser Volkserhebung an sich reißen. In sämtlichen Forderungen der verschiedenen Komitees aus den verschiedenen Landesteilen wurde die Aufrechterhaltung der Agrarreform und der Nationalisierung der Betriebe postuliert. Niemand verlangte die Rückkehr der Großgrundbesitzer, der Bank- und Industriherren und des Horthy-Regimes.

Die Marionettenregierung Kadar hat mit ihren ständig wiederholten Aufrufen zur Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben und im Verkehrswesen selbst den Beweis erbracht, daß der ganze Aufstand nichts anderes ist als eine riesige hartnäckige Arbeiterdemonstration. Nicht die früheren Großgrundbesitzer, Bankiers, Fabrikunternehmer und hohen Würdenträger des Horthy-

Regimes sind es, die den Generalstreik so beharrlich fortsetzen! Indem sie den sozialistischen Arbeiteraufstand im Blute erstickten, haben die Sowjetregierung und die Rote Armee die Rolle der Konterrevolution auf sich genommen.

Die Arbeiter haben die Forderungen der nationalen Unabhängigkeit und der persönlichen Freiheit mit dem Sozialismus verbunden. Die Russen aber übernahmen es, die Privilegien der Bürokratie und der kolonialen Unterjochung und Ausbeutung des ungarischen Volkes mit der Waffe in der Hand gegen die Arbeiter und Bauern zu verteidigen.

Diese bewaffnete Aggression bedeutet aber, daß in der russischen Kommunistischen Partei die alten verkalkten Stalinisten Molotow, Kaganowitsch, Suslow u. a. über die «Liberale Fraktion» der Mikojan, Chruschtschow und Bulganin gesiegt und eine neue Wendung der russischen Außenpolitik durchgesetzt haben.

Die Leitung der russischen Kommunistischen Partei ist nie eine geschlossene Führung gewesen; immer haben im Laufe ihrer Geschichte Fraktionskämpfe stattgefunden — Kämpfe um die Macht! Mit Recht erklärte Tito in seiner jüngsten Rede in Pola, in der Leitung der russischen und der internationalen kommunistischen Bewegung stünden zwei Hauptrichtungen miteinander im Konflikt. Die sogenannten «Liberalen», die auf dem 20. Parteitag den Entstalinisierungsprozeß einleiteten, haben nie eine gründliche Analyse der begangenen Fehler durchgeführt. Auch hier hatte Tito recht, als er in Pola sagte, daß der Persönlichkeitskult nicht die Ursache der begangenen Verbrechen, sondern vielmehr ein Produkt des Systems gewesen sei, ein Produkt der Herrschaft der Bürokratie und der falschen Beziehungen zwischen Rußland und den Volksdemokratien.

Geht man aber der Frage noch tiefer nach, so muß man feststellen, daß es die staatskapitalistische Wirtschaftsstruktur der Sowjetunion war, welche die Bürokratie, die imperialistische Machtpolitik des Staates und die kolonialistische Ausbeutung und Unterdrückung der Satellitenstaaten verursacht hat.

Vor dem 4. November hatte die russische Regierung offiziell erklärt, sie sei bereit, mit den Regierungen des Warschauer Paktes, also mit Polen, Ungarn und Rumänien, den Rückzug der russischen Truppen aus diesen Ländern zu vereinbaren. Damals sagten die Russen kein Wort von einer faschistischen Bewegung!

Was war geschehen, das die Wendung der russischen Politik herbeiführte? Ausschlaggebend waren die letzten Forderungen der Regierung Nagy, nämlich: Proklamierung der Neutralität Ungarns, einseitige Kündigung des Warschauer Paktes und Appell an die UNO gegen die Anwesenheit der russischen Truppen. In diesem Augenblick erhoben, waren die Forderungen ungeschickt. Mit ihrer Rückzugserklärung hatte die russische Regierung das Gesicht wahren wollen; nach der Erklärung Nagys war das nicht mehr möglich. Die ganze



strategische Lage des Ostblocks in Zentraleuropa war gefährdet. Rußland sah nun nur noch das militärische Problem, die eigene Machtposition zu verteidigen.

Aber nach der militärischen Niederwerfung des Aufstandes, als in den Ruinen der Stadt und unter den Fenstern der zerstörten Wohnhäuser die Gewehre schwiegen, blieb der passive Widerstand der Arbeitermassen, der Generalstreik, der allgemeine Ungehorsam, die grenzenlose Verachtung für die Werkzeuge der blutigen Repression und ihre ungarischen Helfershelfer.

Die Russen stehen heute nicht nur vor den unzähligen Opfern ihrer militärischen Aggression und vor den Ruinen eines Landes; sie stehen auch vor den Ruinen ihrer Koexistenzpolitik, vor der Isolierung und der Verachtung der Welt.

Die fünf Punkte der friedlichen Koexistenz, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, die Ausschaltung von Gewalt und Drohungen in den Beziehungen zwischen den Nationen sind durch ihre Panzer noch gründlicher zerstört worden als die Stadt Budapest. Die Häuser können wieder aufgebaut werden, das Vertrauen nicht mehr. Die Beziehungen zu Jugoslawien sind erneut gespannt, zwischen der «Prawda» und der «Borba» ist eine gehässige Polemik im Gange. Die Entführung Nagys durch die Russen, nach der staatlichen Vereinbarung zwischen Jugoslawien und Ungarn über sein freies Geleite, bildet eine Herausforderung ohnegleichen gegenüber Jugoslawien.

Es scheint, daß die russische Führung den Kopf vollkommen verloren hat und der ganzen Welt Trotz bietet. Sie mißachtet die Beschlüsse der Vereinten Nationen und verbreitet zu ihrer Verteidigung unverschämte Lügen über die Deportationen und über die Zahl der Flüchtlinge aus Ungarn. Die Bandungstaaten müssen solche Methoden, die bei allen Menschen gerechte Empörung hervorrufen, notwendigerweise ablehnen und verurteilen.

Es wäre jedoch falsch, die menschlichen und diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion abubrechen. Der Entstalinisierungsprozeß geht über den Kopf der Russen hinweg; sie können die Demokratisierung nicht aufhalten oder selbst lenken. In Polen mußten sie sich mit einem Kompromiß mit Gomulka zufrieden erklären, auch über ihre Erfahrungen in Ungarn werden sie nachdenken müssen. Der jetzige Sieg der alten Stalinisten ist nichts Endgültiges; der Fraktionskampf im Kreml ist noch nicht entschieden. Durch persönliche, menschliche Kontakte zwischen Ost und West kann die inner-russische Entwicklung nur positiv beeinflußt werden. Die Tatsache, daß die russischen Truppen in Ungarn unsicher geworden sind, daß einzelne desertierten, andere auf seiten der Aufständischen kämpften, sind Anzeichen dafür, daß das russische Volk doch nachdenkt.

Die Isolierung würde den Stalinisten nur nützen!

Es ist bedauerlich, daß in einer solch ernsten Lage, da Massenausritte aus den kommunistischen Parteien und Auflösungserscheinungen im Ostblock die tiefe politische und ideologische Krise innerhalb der kommunistischen Welt kennzeichnen, die Regierungen von Israel, Frankreich und Großbritannien zur Gewaltanwendung gegen Ägypten schritten und zur Lösung von politischen Problemen das Mittel der kriegerischen Aggression wählten.

Israel ist seit seiner Gründung als unabhängiger Staat in seinem Bestand bedroht. Die arabischen Staaten haben seine Existenz nie anerkannt. Sie weigern sich, mit Israel Friedensverhandlungen zu führen; statt dessen kommt es immer wieder zu kriegerischen Provokationen an den israelischen Grenzen. Noch vor kurzem hat Nasser öffentlich erklärt, Israel müsse vernichtet werden und von der Landkarte verschwinden.

Dies alles erklärt zwar, warum die Regierung Israels den Konflikt um den Suezkanal zu einem Angriff auf Ägypten ausnützte, der dazu dienen sollte, dem Lande Luft zu verschaffen und seine Grenzen zu verbessern. Es kann jedoch den bewaffneten Angriff auf Ägypten in Richtung Suezkanal in keiner Weise legitimieren und entschuldigen, denn die Konsequenzen einer solchen militärischen Aktion konnten unmöglich auf Israel und seine Nachbarn beschränkt bleiben. Die israelische Regierung mußte wissen, daß dieses Abenteuer die ganze Welt dicht an den Rand eines dritten Weltkrieges, eines Nuklearkrieges führen würde. Dazu kommt die Mißachtung der Vereinten Nationen und die schwerwiegende Verletzung des Waffenstillstandes.

Israel hätte das Wagnis nicht unternommen, wäre nicht der Umstand gewesen, daß England und Frankreich sich seit der Nationalisierung der Suezkanalgesellschaft in einem scharfen Konflikt mit der ägyptischen Regierung befanden. Beide waren bemüht, einen Vorwand zu finden, um den Kanal militärisch zu besetzen. Seit Monaten standen die Truppen Frankreichs und Großbritanniens auf der Insel Zypern, bereit zum Sprung gegen Ägypten.

Der Streit um die Nationalisierung der Suezkanal-Weltgesellschaft AG, einer der mächtigsten kapitalistischen Monopole der Welt, muß an Hand der Akten betrachtet werden.

Die französische und die englische Regierung haben erklärt, Nasser hätte die internationalen Verträge verletzt; er hätte kein Recht gehabt, die Gesellschaft zu nationalisieren. Warum ließ man in diesem Falle die Frage nicht durch ein internationales Gericht entscheiden? Die Antwort lautet: weil Ägypten das volle Recht hatte, die Gesellschaft zu nationalisieren. Auf Grund der Verträge hätten die Gerichte das Recht Nassers feststellen müssen.

In Art. 16 des Abkommens, das am 22. Februar 1866 zwischen de Lesseps im Namen der Gesellschaft und Ismail Pascha im Namen der ägyptischen Regierung abgeschlossen wurde, wird festgestellt:

«Da die Weltgesellschaft des Seekanals von Suez *ägyptisch ist, wird sie durch die Gesetze und Bräuche des Landes regiert . . . Streitfälle, die etwa*



sich zwischen der ägyptischen Regierung und der Gesellschaft erheben könnten, werden gleichfalls den örtlichen Gerichten unterbreitet und nach den Landesgesetzen entschieden.»

Die Rechtsgrundlage ist durch diesen Text geklärt.

In zwölf Jahren, das heißt im Jahre 1968, hätte Ägypten gemäß den Verträgen den Kanal auf alle Fälle, das heißt ohne Nationalisierung übernehmen können.

Von Frankreich und England wurde auch das internationale Abkommen von Konstantinopel vom 29. Oktober 1888 erwähnt, welches durch die Nationalisierung verletzt worden sei. Ägypten war jedoch damals an jener Konferenz nicht vertreten, da das Land nicht selbständig, sondern ein Teil des Ottomanischen Reiches und seit sechs Jahren von britischen Truppen besetzt war. Das Abkommen von 1888 erklärt in Art. 1:

«Der Suezkanal soll immer offen, in Zeiten des Krieges wie des Friedens, für jedes Handels- und Kriegsschiff sein, ohne Unterschied der Flagge.»

Wer aber wurde für die Sicherung der freien Durchfahrt verantwortlich gemacht?

Art. 9 des Abkommens macht ausdrücklich *die ägyptische Regierung verantwortlich* für die zur Durchführung des Vertrages notwendigen Maßnahmen. Die Souveränitätsrechte Ägyptens auf dem Kanal werden in Art. 13 voll anerkannt, und die Regierungen der Großmächte, also auch diejenigen von Frankreich und Großbritannien, verpflichteten sich, «*sich in keiner Weise in die Sicherheit des Kanals und seiner Abzweigungen einzumischen*»!!

Weder die Aktiengesellschaft noch die britischen Okkupationstruppen haben auch je die Verantwortung für die freie Schifffahrt durch den Kanal übernommen. Als im Jahre 1948 König Faruk den Kanal für die israelische Schifffahrt sperrte und die Vereinten Nationen darauf das Recht Israels auf freie Durchfahrt in einer Resolution anerkannten, haben weder die Kanalgesellschaft noch die britischen Truppen je den Versuch unternommen, gegen den Willen Ägyptens die Durchfahrt für die israelischen Schiffe zu erzwingen.

Im Streit um die Nationalisierung des Kanals ist, solange Ägypten die freie Durchfahrt gewährleistet, das Recht auf seiner Seite. Darum versuchten Frankreich und Großbritannien durch Druck, Drohungen und Provokationen die Nationalisierung zu verhindern und die freie Durchfahrt zu stören, um solchermaßen zu beweisen, daß Ägypten nicht imstande sei, sie zu gewährleisten.

Zwei Drittel der Lotsen der Gesellschaft wurden plötzlich zurückberufen, und am gleichen Tag wurde eine größere Zahl von Schiffen durch den Kanal beordert. Eine «Benützergenossenschaft» sollte anstelle von Ägypten die Gebühren einkassieren und auf ihren Schiffen die zurückgezogenen Lotsen statt der ägyptischen benützen. Diese Provokationen blieben ohne die gewünschten Folgen: Ägypten sicherte dennoch die freie Durchfahrt. Schließ-

lich lieferte die militärische Aggression Israels den — seit Monaten gewünschten und gesuchten — Vorwand für die Intervention und die Besetzung des Kanals.

Die Resultate dieses leichtfertigen Abenteuers liegen noch nicht alle vor. Der Suezkanal ist durch die Kriegshandlungen auf Monate hinaus unbrauchbar gemacht. Alle arabischen und mohammedanischen Staaten, einschließlich derjenigen des Bagdad-Paktes, sind mit Ägypten solidarisch und verweigern die Öllieferungen an Frankreich und Großbritannien. Pipelines wurden durch Sabotageakte der Araber gesprengt. Der Einfluß der Russen in der arabischen Welt hat einen gewaltigen Aufschwung erfahren. Israel ist mehr isoliert und in seiner Existenz bedroht als vorher. In der UNO blieben Frankreich, Großbritannien und Israel vollkommen isoliert; nur die beiden Dominions Australien und Neuseeland unterstützten die drei Angreiferstaaten.

Die wirtschaftlichen Folgen dieser unüberlegten und leichtsinnigen Politik sind noch nicht zu übersehen. Der Mangel an Benzin und Öl trifft ganz Europa, die Automobilindustrie ist stark geschädigt, und alle Preise steigen.

Auch die politischen Konsequenzen sind katastrophal. Die Solidarität des Westens ist zerbrochen. Die Vereinigten Staaten sind verärgert, weil ihre Verbündeten hinter ihrem Rücken dieses kriegerische Abenteuer vorbereitet und durchgeführt haben. Das britische Commonwealth macht eine schwere Krise durch. Die internationalen Spannungen haben gewaltig zugenommen, und die Kriegsgefahr ist akuter geworden.

Die Ereignisse in Osteuropa und dem Nahen Osten haben jedoch gezeigt, daß sich eine Weltmeinung herausgebildet hat, die sich gegen jede Gewaltanwendung und gegen jeglichen Versuch, politische Probleme durch militärische Aktionen zu lösen, erhebt. Die Idee einer internationalen Rechtsordnung zur Beseitigung von Streitfällen durch Verhandlungen und Schiedsgerichtsbarkeit hat große Fortschritte gemacht. Trotz der großen Schwäche der UNO und vor allem trotz ihrem bisherigen Versagen in Ungarn hat ihre Autorität zugenommen. Die Großstaaten können die internationale Organisation nicht mehr zur Wahrung ihrer Interessen mißbrauchen; selbst ihr Vetorecht kann die UNO nicht vollkommen lähmen.

Dank dem raschen Eingreifen der Vereinten Nationen ist im östlichen Mittelmeer eine vorläufige Entspannung eingetreten. Diese Zeit muß unverzüglich dazu benützt werden, die politischen Probleme zu lösen, welche darin bestehen, den Konflikt um den Suezkanal beizulegen und den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn — unter Anerkennung der staatlichen Existenz Israels — zu erreichen.

Innerhalb der Großmächte, die durch ihre militärische Aggression den Weltfrieden gefährdeten, sind heftige Auseinandersetzungen und Erschütterungen im Gange. In Frankreich wächst die Opposition gegen Guy Mollets Nordafrikapolitik in der eigenen Partei und bei den Radikalen um Mendès-

France. In Großbritannien hatte der mutige Kampf, den die Labour Party gegen die Politik Edens führte, seine Rückwirkungen bis hinein in die Konservative Partei und die Regierung. Eden mußte wegen Überanstrengung sein Amt als Premierminister zeitweilig verlassen. In Rußland tobt der Fraktionskampf im Kreml und innerhalb der Satellitenstaaten.

Von der Entwicklung in diesen Ländern und von der Entschlossenheit der Vereinten Nationen hängt heute die Schicksalsfrage der Menschheit ab: Krieg oder Frieden.

## OECONOMICUS

### Der Moskauer Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

#### *COMECON und Dezentralisierungsmaßnahmen im Osten*

Dieses Gremium, dem heute alle Ostblockstaaten außer China angehören (COMECON = eine angloamerikanische Wortverbindung aus «communist» und «economy»), wurde im Jahre 1949 gegründet. COMECON ist das ost-europäische Gegenstück zur OEEC in Paris (Organization for European Economic Cooperation), wo auch die Schweiz Mitglied ist. Über diese Organisation macht die Sowjetunion auf die einzelnen Teilnehmerstaaten ihren Einfluß geltend. Die Koordinationsbestrebungen innerhalb des Ostblocks erreichen heute nicht nur auf politischem Gebiet, sondern vor allem auch in den wirtschaftlichen Beziehungen dieser Länder untereinander ein solches Ausmaß, daß von einer echten ökonomischen Integration gesprochen werden kann. Die langfristigen Volkswirtschaftspläne der einzelnen Länder werden heute eng aufeinander abgestimmt. Nicht zufällig sind die Perspektiv-Fünfjahrespläne 1956—1960 mit Ausnahme derjenigen von Bulgarien und China am 1. Januar 1956 gleichzeitig in Kraft getreten. Ziel dieses ökonomischen Zusammenschlusses ist, eine enge Verflechtung der einzelnen Nationalwirtschaften zu erreichen. Zwischen den Teilnehmerstaaten wurde eine strenge Arbeitsteilung eingeführt. Neben der Schaffung einer geschlossenen Wirtschaftskraft und den Autarkiebestrebungen sollen vor allem auch die westlichen Produktionsziffern eingeholt und überholt werden. Durch Industrievereinbarungen über die Entwicklung bestimmter Wirtschaftszweige ist es auch möglich, Fehlinvestitionen weitgehend auszuschalten und eine organische Verteilung der Produktion zu gewährleisten. Der Schwerpunkt liegt in allen Staaten auf der Entwicklung der Industrie, was auch die Perspektivplanung der letzten Jahre beweist. So verteilen sich die verwirklichten Investitionen in der Sowjet-